

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

zur Umsetzung von Projekten im Rahmen der Lokalen Entwicklungsstrategien

mit CLLD durch den Europäischen Sozialfonds

nach Teil D der Richtlinie

über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Umsetzung sowie über die Verfahrensgrundsätze von LEADER und CLLD in Sachsen-Anhalt (Richtlinie LEADER und CLLD)

Einzureichen bei:

Landesverwaltungsamt, Referat 409,
Agrarwirtschaft, Ländliche Räume,
Fischerei, Forst- und Jagdhoheit
Dessauer Str. 70
06118 Halle (Saale)

Empfänger (zuständige Behörde)

Vom Landesverwaltungsamt auszufüllen:
Posteingangsstempel:

zutreffendes bitte ankreuzen

1. Angaben zum Antragsteller

Allgemeine Angaben

- juristische Person des öffentlichen Rechts Personengesellschaften des privaten Rechts
 juristische Person des privaten Rechts Einzelunternehmen

Name (ggf. lt. Vereins-/ Handelsregister)		Gründungsdatum (bei Unternehmen)	
Straße, Hausnummer		Telefonnummer	
PLZ	Ort	ggf. Ortsteil	
Ansprechpartner/in zum Antrag (Name, Vorname)		Telefonnummer Ansprechpartner/in	
E-Mail Ansprechpartner/in		Landkreis/ Gemeindenummer (falls vorhanden)	
Branche/ Tätigkeitsbereich			

2. Antrag auf Projektförderung

Dieser Antrag betrifft

- die erstmalige Antragstellung für das Vorhaben
- die Änderung eines bislang nicht bewilligten Antrages
- die Änderung eines durch Zuwendungsbescheid bewilligten Antrages

Aktenzeichen: _____; Änderung in Nr.: _____

Ich/Wir beantrage/n eine Projektförderung für

die Umsetzung von Vorhaben im Rahmen der Lokalen Entwicklungsstrategie

Name der zugehörigen Lokalen Aktionsgruppe

für nachfolgenden Förderschwerpunkt (*bitte nur ein Kreuz setzen*)

Interkulturelle und interreligiöse Projekte

- Durchführung von kulturverbindenden Projekten und von interkulturellen und interreligiösen Begegnungsveranstaltungen zwischen der einheimischen Bevölkerung und Migranten und Migrantinnen sowie Menschen ausländischer Herkunft, einschließlich Projekte, die den Aufbau und die Erhöhung der interkulturellen Kompetenz unterstützen
- Aufbau von Netzwerken zur Förderung des interkulturellen und interreligiösen Dialogs sowie zur Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit

Projekte zur Bewältigung sozialer Folgen des demografischen und strukturellen Wandels

- Initiierung und Unterstützung von Organisationsformen zur Sicherung der Daseinsvorsorge, wie z. B. interkommunale, öffentlich-private oder bürgerschaftliche Netzwerke
- Entwicklung von Strategien, Konzepten und Leitbildern mit Handlungsfeldern, um z. B. Impulse für die künftige Orts- und Regionalentwicklung zu setzen oder einer Stigmatisierung als schrumpfende und alternde Gesellschaft entgegenzuwirken
- Umsetzung von Strategien und Konzepten einschließlich koordinierende Begleitung (Projektmanagement)

Coachingprojekte

- Entwicklung und Etablierung eines nachhaltigen und vorausschauenden Demografie-Managements als Kombination von Strategie-, Kommunikations- und Umsetzungsberatung
- Sensibilisierung der Bevölkerung und der gesellschaftlichen Akteure für den demografischen Veränderungsprozess
- Initiierung eines transparenten öffentlichen Diskussionsprozesses unter Beteiligung der Bürger
- Weiterbildung von Ehrenamtlichen, um sie für diese freiwillige Tätigkeit besser zu qualifizieren
- Entwicklung und Unterstützung von regionalen und kommunalen Willkommenskulturen (auch in Unternehmen und Vereinen), wie z. B. Integrationspatenschaften

Lokale arbeitsmarktorientierte Mikroprojekte

- die den Abbau von Bildungs- und Qualifikationsdefiziten unterstützen
- zur Arbeitsmarktintegration beitragen
- welche die Beschäftigungsfähigkeit für am Arbeitsmarkt Benachteiligte¹ und Personen mit Behinderungen ab einem Grad der Behinderung von 30, erhöhen.
- Kooperationen zwischen allgemeinbildenden Schulen und regional angesiedelten Unternehmen zur Berufsorientierung und -vorbereitung von Schülerinnen und Schülern der Klassen 1 bis 6 an außerschulischen Lernorten**

3. Angaben zum Vorhaben

Aussagefähige Kurzbezeichnung
des Vorhabens:

(mit Rückschluss auf den Zweck)

3.1 Ort des Vorhabens (Durchführungsort)

Stadt/Einheits-/Verbandsgemeinde	PLZ/Gemeinde/Ortsteil	Straße

3.2 geplanter Durchführungszeitraum (Tag/Monat/Jahr)

von	bis
------------	------------

3.3 Beantragung einer Genehmigung zum vorzeitigen Beginn des Vorhabens

Nein

Ja

geplanter Vorhabensbeginn

Tag/ Monat/ Jahr

Begründung der Notwendigkeit des vorzeitigen Beginns des Vorhabens (vor Bekanntgabe des
Zuwendungsbescheides):

Sofern der Platz nicht ausreicht, fügen Sie dem Antrag eine gesonderte Anlage bei.

¹ Die Definition von „am Arbeitsmarkt Benachteiligte“ ist der Richtlinie Teil D, Nr. 2.3 Buchstabe b bzw. dem Merkblatt zur Richtlinie, Teil D zu entnehmen.

3.4 Beschreibung des Vorhabens und Darstellung der Notwendigkeit der Förderung

(z. B. Beschreibung des Ist-Zustandes, welche Ziele sollen erreicht werden, welche Wirkungen sind zu erwarten, Angaben zum Zeitplan, Dringlichkeit, Konzeption, ggf. Verbindung zu anderen Vorhaben)

Sofern der Platz nicht ausreicht, fügen Sie dem Antrag eine gesonderte Anlage bei.

3.5 Das Vorhaben dient der Umsetzung der Lokalen Entwicklungsstrategie.

Das Vorhaben steht mit der Nr. ____ auf der bestätigten Prioritätenliste der LAG.

3.6 Für dieses Vorhaben wird/wurde eine zusätzliche weitere öffentliche Förderung/ öffentliche Finanzierungshilfe beantragt/bewilligt/gewährt.

nein ja, beantragt ja, erhalten

Wenn ja, sind diese nachfolgend aufzuführen und als Kopien beizufügen:

Bewilligungsbehörde/ Aktenzeichen	andere öffentliche Förderung Datum und Betrag in Euro		
	beantragte Zuwendung, aber <i>nicht</i> entschieden	bewilligte Zuwendung	bisher ausgezahlte Zuwendung

3.7 Einnahmen während der Vorhabensdurchführung

Durch das Vorhaben werden während der Durchführung Einnahmen erwirtschaftet:

ja, während der Vorhabensdurchführung. nein.

3.8 Erwartete Wirkung des Vorhabens

Nach Abschluss des Vorhabens werden Arbeitsplätze geschaffen:

ja nein.

Wenn ja,

Anzahl der geschaffenen Arbeitsplätze insgesamt: _____

davon

männlich: _____

weiblich: _____

4. Bereitstellung der Zuwendung

Die Zuwendung von insgesamt _____ Euro soll wie folgt bereitgestellt werden:

Monat bzw. Quartal	davon zur Auszahlung im		
	Jahr 20____	Jahr 20____	Jahr 20____
	Euro	Euro	Euro
	Euro	Euro	Euro
	Euro	Euro	Euro
	Euro	Euro	Euro
Jahressumme:	Euro	Euro	Euro

5. Finanzierungsplan

5.1 Gesamtausgaben des Vorhabens

Ausgaben der Maßnahme ohne Umsatzsteuer (netto)		Euro
Umsatzsteuer	+	Euro
Gesamtausgaben (brutto)		Euro

Die Gesamtausgaben müssen mit dem Ausgabenplan unter Nummer 6 übereinstimmen.

5.2 Angaben zur Umsatzsteuer

Ich/Wir beantrage/n, dass die Umsatzsteuer als zuwendungsfähige Ausgabe berücksichtigt wird.²

ja. nein. teilweise mit %

Wenn ja:

- Die für die Eingangsleistungen³ des geförderten Vorhabens in Rechnung gestellte Umsatzsteuer kann/können ich/wir nach § 15 UStG als Vorsteuer abziehen oder ich/wir verende/verwenden die Eingangsleistungen des geförderten Vorhabens in einem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb, für den ich/wir die Durchschnittssatzbesteuerung (§ 24 UStG) anwende/anwenden.
- In diesem Fall sind die Ausgaben unter 5.3 als Nettoangaben (ohne Umsatzsteuer) zu erfassen.
- Die für die Eingangsleistungen³ des geförderten Vorhabens in Rechnung gestellte Umsatzsteuer kann/können ich/wir nicht nach § 15 UStG als Vorsteuer abziehen und ich/wir verende/verwenden die Eingangsleistungen des geförderten Vorhabens auch nicht in einem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb, für den ich/wir die Durchschnittssatzbesteuerung (§ 24 UStG) anwende/anwenden.
- In diesem Fall sind die Ausgaben unter 5.3 mit Umsatzsteuer, soweit diese nicht nach § 15 UStG als Vorsteuer abgezogen werden können, zu erfassen.

Zusätzlich ist das „Formular zur Bescheinigung des Steuerstatus bei einem Fördervorhaben“ auszufüllen und mit den entsprechenden Unterlagen an das für Sie zuständige Finanzamt mit der Bitte um Bestätigung zu übersenden. Die Bescheinigung des Finanzamtes ist diesem Antrag beizufügen.

² Die Umsatzsteuer kann als zuwendungsfähige Ausgabe nur berücksichtigt werden, wenn der Antragsteller für das Vorhaben weder nach § 15 Umsatzsteuergesetz vorsteuerabzugsberechtigt ist noch die Durchschnittssatzbesteuerung anwendet. Der Antragsteller muss die Umsatzsteuer endgültig tragen.

³ **Eingangsleistungen** sind alle Leistungen, die der Unternehmer für sein Unternehmen erhält. Hierbei kann es sich z. B. um Wareneinkäufe und um bezogene Dienstleistungen handeln. Werden diese Leistungen von einem anderen Unternehmer mit Umsatzsteuer bezogen, kann der die Leistungen empfangende Unternehmer die in der Rechnung ausgewiesene Umsatzsteuer als Vorsteuer abziehen.

5.3 Finanzierung

I. Gesamtausgaben laut Nummer 5.1 (zutreffendes bitte ankreuzen)			
		<input type="checkbox"/> <i>brutto</i> ⁴	
		<input type="checkbox"/> <i>netto</i> ⁴	
			Euro
II. davon sonstige nicht zuwendungsfähige Ausgaben			- Euro
III. Fremdmittel ⁵	a) Leistungen Dritter /Spenden	Euro	
	b) andere öffentliche Zuschüsse ^{6,7}	Euro	
	Fremdmittel gesamt		- Euro
IV. Zwischenergebnis zuwendungsfähige Gesamtausgaben (=I.-II.-III.)			= Euro
V. Eigenmittel ⁸	Bare Eigenmittel	Euro	
	Kredite	Euro	
	anrechenbare private Spenden/ Leistungen Dritter ^{9,10}	Euro	
	Eigenmittel gesamt		- Euro
VI. Zwischensumme (= IV.-V.)			= Euro
VII. beantragte Zuwendung	Fördersatz auf Betrag aus VI. (vor Anwendung des Förderhöchstbetrages je Projekt)		= Euro
	falls zutreffend, maximal jeweiliger Förderhöchstbetrag je Projekt		= Euro

⁴ Hinweise zu Nummer 5.2 beachten.

⁵ Grundsätzlich sind zweckgebundene (projektbezogene) Fremdmittel (Spenden/Drittmittel/Zuschüsse) gemäß VV zu § 44 LHO als Vorwegabzug von der Gesamtinvestitionssumme abzusetzen und dürfen nicht als Eigenmittel angesetzt werden. Ausnahmen siehe unter Fußnote 9.

⁶ z.B. Mittel der Bundesanstalt für Arbeit, Lotto Toto, Mittel von öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Stiftungen u. ä.

⁷ Kopien der Bescheide oder Förderzusagen sind als Anlage beizufügen.

⁸ Die Eigenmittel sind mit der Antragstellung nachzuweisen.

⁹ Folgende Drittmittel dürfen als Ausnahme den Eigenmitteln zugerechnet werden:

- a) Spenden/Leistungen Dritter, die **nicht** zweckgebunden sind oder
- b) Spenden/Leistungen Dritter, die zweckgebunden sind, sofern dem die Vorgaben weiterer Mitglieder nicht entgegenstehen.

¹⁰ Kopien der Bescheide oder Förderzusagen sind als Anlage dem Antrag beizufügen.

6. Ausgabenplan (in Euro)				
Ausgaben	Jahr 20__	Jahr 20__	Jahr 20__	Gesamt
1. Personalausgaben				
- Projektpersonal (Pauschale)				
- Honorare (Dienstleistungen Dritter)				
Gesamt				
2. Ausgaben für Teilnehmer am Projekt				
- Fahrtkosten <i>(nur für Projekte nach Nr. 2.2e und 2.4 der Richtlinie - Pauschale)</i>				
- Übernachtungen <i>(nur für Projekte nach Nr. 2.2e der Richtlinie - Pauschale)</i>				
- Teilnahmegebühr <i>(nur für Projekte nach Nr. 2.2e der Richtlinie)</i>				
- Prüfungsgebühr <i>(nur für Projekte nach Nr. 2.2e der Richtlinie)</i>				
- teilnehmerbezogene Verbrauchsausgaben				
- Miete/Leasing von Ausstattungsgegenständen für Teilnehmer				
-				
-				
Gesamt				
3. Sachausgaben				
- Miet- und Mietnebenausgaben für projektbezogene Räumlichkeiten				
- Miete/Leasing von Ausstattungsgegenständen				
- Verbrauchsausgaben				
- sonstige Verwaltungsausgaben				
- Informations- und Werbematerial <i>(nur für Projekte nach Nr. 2.2.1a der Richtlinie)</i>				
-				
-				
Gesamt				
Gesamtausgaben				
1. Personalausgaben				
2. Ausgaben für Teilnehmer am Projekt				
3. Sachausgaben				
Gesamt¹¹				

¹¹ Die Gesamtsumme im Ausgabenplan (letzte Zeile und rechte Spalte) muss mit den Angaben zu Nummer 5.1. übereinstimmen.

7. Beihilferechtliche Relevanz¹²

- Das Vorhaben ist nicht beihilferelevant.
- Das Vorhaben ist beihilferelevant.
- Für das Vorhaben wird die Förderung beantragt als De-minimis Beihilfe.
- Für das Vorhaben wird die Förderung beantragt als DAWI-De-minimis Beihilfe (nur für kommunale Zuwendungsempfänger).

Begründung für die jeweilige Bewertung der Beihilferelevanz:

Sofern der Platz nicht ausreicht, fügen Sie dem Antrag eine gesonderte Anlage bei.

8. Anlagen

Diesem Antrag sind folgende Anlagen (*sofern zutreffend bitte ankreuzen*) beigelegt:

liegt vor	Bezeichnung
<input type="checkbox"/>	Stellungnahme des LEADER-Managements zur Vollständigkeit und Umsetzbarkeit des CLLD-Vorhabens
<input type="checkbox"/>	Erklärung/Aufstellung zur Zusammensetzung des Ausgabenplans (detaillierte Darstellung der Einzelkosten je Unterkategorie der Ausgabengruppe) z. B. Ausgaben für Teilnehmer am Projekt – Anmietung von Gegenständen → Ausgabenzusammensetzung (was, wieviel, wozu)
<input type="checkbox"/>	aktueller Nachweis über die Gemeinnützigkeit und der Auszug aus öffentlichen Registern (nicht älter als 6 Monate) sowie die Satzung <i>(nur bei gemeinnützigen Verbänden, Vereinen oder anderen gemeinnützigen Antragstellern)</i>
<input type="checkbox"/>	aktueller vollständiger Registerauszug (nicht älter als 6 Monate) bzw. Gewerbeanmeldung, ggf. Handwerkskarte <i>(nur bei Vereinen, Verbänden, juristischen Personen des Privatrechts, Personengesellschaften und Unternehmen)</i>
<input type="checkbox"/>	De-minimis-Erklärung / DAWI-De-minimis-Erklärung / De-minimis-Bescheinigung über bereits gewährte De-minimis-Beihilfen
<input type="checkbox"/>	Mindestens drei vergleichbare Angebote für die geplante Weiterbildung, sowie eine begründete schriftliche Auswahlentscheidung zum wirtschaftlichsten Angebot <i>(nur bei Anträgen nach dem Fördergegenstand Nr. 2.2 Buchstabe e der Richtlinie - Weiterbildung von Ehrenamtlichen)</i>
<input type="checkbox"/>	Entwurf über die beabsichtigte Vereinbarung zwischen dem Antragsteller und der Schulleitung bzw. den beteiligten Unternehmen über die Ausgestaltung der Zusammenarbeit <i>(nur bei Anträgen nach dem Fördergegenstand Nr. 2.4 der Richtlinie - Kooperationen)</i>

¹² Bei der Ermittlung der Beihilferelevanz sowie der Beihilfeart des Vorhabens ist das Merkblatt für Beihilfen zu beachten.

<input type="checkbox"/>	Tätigkeitsbeschreibung, anhand der die Angemessenheit der Zuordnung zu einer der drei Tätigkeitsgruppen nach Nr. 5.5.2 Buchstabe g der Richtlinie und der Umfang der Tätigkeit für den Fördergegenstand eindeutig beurteilt werden können <i>(nur bei beantragten Personalausgaben für Projektpersonal-Pauschale)</i>
<input type="checkbox"/>	Nachweis des Vorliegens der Benachteiligung am Arbeitsmarkt ¹³ bzw. der Behinderung ab einem Grad der Behinderung von 30 <i>(nur bei Anträgen für Lokale arbeitsmarktorientierte Mikroprojekte, welche die Beschäftigungsfähigkeit für am Arbeitsmarkt Benachteiligte und Personen mit Behinderungen ab einem Grad der Behinderung von 30 unterstützen)</i>
<input type="checkbox"/>	Formular zur Bescheinigung des Steuerstatus bei einem Fördervorhaben
<input type="checkbox"/>	Nachweise zur Finanzierbarkeit, Nachweis der Eigenmittel
<input type="checkbox"/>	Kopien der Bescheide / Förderzusagen von Fremdmitteln (Spenden, Zuschüsse, usw.)
<input type="checkbox"/>	Kommunalrechtliche Stellungnahme (Gemeinden, Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände bei Vorhaben von über 20.000 € Eigenmitteln)
<input type="checkbox"/>	Erklärung des Unternehmens zur Frage eines „Unternehmens in Schwierigkeiten“
<input type="checkbox"/>	Sonstiges:

9. Erklärungen

- Ich/Wir habe/n die nachfolgenden Erklärungen wahrheitsgemäß abgegeben und bestätige/n die Kenntnisnahme der unten genannten Hinweise.

Erklärungen in Bezug auf den Antragsteller

Ich/Wir erkläre/n dass,

- die ordnungsgemäße Geschäftsführung gesichert ist,
- die Gewähr einer ordnungsgemäße Verwendung und Unterhaltung der geförderten Gegenstände gesichert ist,
- über mein/unser Vermögen/Unternehmen zum Zeitpunkt der Antragstellung kein Gesamtvollstreckungs-/Insolvenzverfahren eröffnet ist oder durch mich/uns beantragt wurde,
- (nur bei Antragstellern ohne eigene Rechtspersönlichkeit:) die den Antrag unterzeichnende/n Person/en für die sachgerechte Verwendung der Zuwendung haftet/haften.

Erklärungen in Bezug auf den Antrag

Mir/Uns ist bekannt, dass

- die Bewilligungsbehörde jederzeit weitere Unterlagen anfordern kann,
- alle Angaben im Antrag nachweisbar sein müssen,
- ich/wir verpflichtet bin/sind, die Vorschriften des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) zu beachten.

¹³ Siehe Hinweis zur Fußnote 1 auf Seite 3 des Antrages.

Ich/Wir erkläre/n dass,

- mit der Durchführung des Vorhabens noch nicht begonnen wurde und nicht vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides bzw. der Genehmigung des vorzeitigen Vorhabenbeginns begonnen wird (als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten),
- der Inhalt der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Umsetzung sowie über die Verfahrensgrundsätze von LEADER und CLLD in Sachsen-Anhalt (Richtlinie LEADER und CLLD) in der aktuellen Fassung unter <http://www.leader.sachsen-anhalt.de> in der Rubrik „Fördergrundlagen > CLLD Förderung aus dem OP ESF“ einsehbar ist und mir/uns bekannt ist/sind sowie diese in älteren Fassungen in der zuständigen Bewilligungsbehörde einsehbar sind,
- der Inhalt des Merkblattes für Beihilfen in Ergänzung der Richtlinie LEADER und CLLD bekannt ist,
- die Gesamtfinanzierung des Vorhabens unter Einbeziehung des beantragten Zuschusses gesichert ist,
- bei Vorliegen einer Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) die angegebenen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten,
- eine projektbezogene Einzelabrechnung der Einnahmen und Ausgaben sowie deren Unterscheidung vom üblichen Geschäftsverkehr gewährleistet wird. In den angegebenen Ausgaben sind innerbetriebliche Umlagen nicht enthalten,
- ich/wir das Vorhaben nicht im Auftrag oder auf Rechnung Dritter durchführen werde/n,
- für das Vorhaben bei anderen Stellen keine weiteren öffentlichen Förderungen oder Finanzierungshilfen über die im Finanzierungsplan angegebenen öffentlichen Mittel bzw. Finanzierungshilfen hinaus beantragt wurden und werden,
- gegen mich/uns keine Rückforderungsanordnung aufgrund einer früheren Kommissionsentscheidung zur Feststellung der Rechtswidrigkeit und Unvereinbarkeit einer Beihilfe mit dem Gemeinsamen Markt vorgelegen hat, der ich/wir nicht Folge geleistet habe/n,
- die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir/uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/Unterlagen gewährleistet ist. Ich/Wir verpflichte/n mich/uns, die Bewilligungsbehörde unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegenüber diesen Angaben eintreten,
- ich/wir uns zur Teilnahme an einem Feedbackverfahren bereit erklären, um eine Evaluierung der Förderung zu unterstützen. Dazu gehört auch die Verpflichtung, mit den für das Monitoring und die Evaluierung des OP-ESF beauftragten Stellen zusammenzuarbeiten, auch wenn das Projekt beendet ist.
- Ich/Wir für Vorhaben, die aus dem ESF kofinanziert werden, personenkonkrete Teilnehmerdaten beim Eintritt und Austritt eines Teilnehmers anhand eines Fragebogens von mir/uns zu erheben ist/sind. Der Teilnehmerdatenbogen kann in der aktuellen Fassung unter <http://www.leader.sachsen-anhalt.de> in der Rubrik „Fördergrundlagen > CLLD Förderung aus dem OP ESF“ heruntergeladen werden und wird auch bei Bedarf durch die zuständige Bewilligungsbehörde bereitgestellt.

Belehrung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs:

Mir/uns ist bekannt, dass es sich bei den beantragten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 246 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind.

10. Einwilligung in die Verarbeitung und Veröffentlichung personenbezogener Daten

10.1 Publikation

Im Falle der Bewilligung erkläre/n ich mich/wir uns damit einverstanden, dass mein/unser Vorhaben mit vorhabensrelevanten Daten gemäß Nr. 1 des Anhangs XII der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 vom Land Sachsen-Anhalt veröffentlicht wird.

10.2. Einwilligung in die Datennutzung

Ich bin/wir sind damit einverstanden, dass die im Antrag (einschließlich Anlagen) gemachten Angaben zur Abwicklung der Förderung beim Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt, Ernst-Kamieth-Straße 2, 06112 Halle erfasst, gespeichert und verarbeitet sowie an die mit der Durchführung der Förderung befassten Institutionen des Landes, des Bundes und der EU, an die für die Verwaltungs- und Kontrollsysteme zuständigen Dienststellen des Landes, des Bundes und der EU-Kommission übermittelt, von diesen erfasst, gespeichert und verarbeitet werden können.

Außerdem ist mir/uns bekannt, dass keine Verpflichtung aufgrund einer Rechtsvorschrift besteht, die im Antragsvordruck geforderten Angaben zu machen (§ 4 Abs. 2 des Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten der Bürger im Land Sachsen-Anhalt), diese Angaben jedoch für die Antragsbearbeitung erforderlich sind. Weiterhin ist mir/uns bekannt, dass ich/wir diese Einwilligung verweigern und mit Wirkung für die Zukunft widerrufen kann/können, die Bearbeitung dieses Förderantrages dann allerdings nicht mehr möglich ist.

Unterschrift(en) der/des Antragstellenden/Bevollmächtigten*

Name der/des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)	Unterschrift des Antragstellers/Vertretungsberechtigten*
Datum	Ort
	Stempel, sofern relevant

*Der Berechtigungsnachweis bzw. die Vollmacht ist beizufügen.